№ 5564. Mittwoch, 21. Juli. 1869.

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

✱ **Berlin**, 19. Juli. [Unsere innere Lage und die Finanzfrage.] Nach den officiösen Erklärungen über die Beurlaubung des Grafen Bismarck, müssen wir diesen Glauben schenken, sagt die „BAC“, und daran festhalten, daß die inneren Angelegenheiten des preußischen Staates während dieser Beurlaubung dem Hrn. v. d. Heydt, Grafen Eulenburg und Hrn. v. Mühler zufallen. Hiernach entsteht die Frage, wie sich die liberale Partei zu dem Gesetzentwurfe zu verhalten hat, welchen diese Minister dem nächsten Landtage vorlegen werden. Die liberale Partei, soweit wir hier ihre Ansichten vertreten, bemerkt darüber die „BAC.“, bildet zwar keine principielle Opposition zur Regierung, sie wird sich aber bis auf Weiteres der Rücksichten zu entschlagen haben, welche sie bisher auf den Grafen Bismarck als das allein nothwendige Element des preußischen Ministeriums, als den Träger der nationalen Politik Preußens nehmen zu müssen glaubte und auch thatsächlich genommen hat. Die Stellung der liberalen Partei wird deshalb eine viel freiere werden; sie wird namentlich in den Steuerfragen, falls solche an den Landtag gelangen sollten, durch keinerlei politische Erwägungen mehr gebunden sein. Da tritt ihr denn zunächst die Frage entgegen, wie sie sich zu der geplanten Zerlegung des Staatshaushaltsetats in ein „Budget der nothwendigen Ausgaben“ und in ein „Budget der nützlichen Ausgaben“ zu verhalten habe; denn die „N. A. Z.“ bestätigt die zuerst an dieser Stelle in Betreff eines solchen Planes gemachten Angaben. Es muß nach wie vor darauf gehalten werden, daß dem moralischen Drucke gegenüber, welcher durch eine Ausscheidung der nützlichen Ausgaben aus dem Etat auf die Bevölkerung geübt werden soll, dem Lande klar gemacht werde, daß keine dauernde Steuer ohne das Zugeständniß der Contingentirung zu bewilligen ist. Die „N. A. Z.“ stellt selber die Ansicht auf, daß bei den nützlichen Ausgaben sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten hätten. Würden also dauernd neue Steuern bewilligt, so würden, wenn Abgeordnetenhaus und Regierung sich später über die „nützlichen Ausgaben“ nicht zu einigen vermöchten, Einnahmen vorhanden sein, die keine etatsmäßige Verwendung fänden; es würden also mehr Steuern erhoben werden, als erforderlich wären, und da nach Art. 109 die Regierung behauptet, zur Erhebung der einmal bewilligten Steuern fort und fort berechtigt zu sein, so würde die Volksvertretung kein Mittel haben, dem Lande eine Entlastung zu verschaffen. Die Trennung des Etats in die beiden mehrgedachten Budgets scheint uns demnach mit Nothwendigkeit zur Contingentirung mindestens aller neu zu bewilligenden Steuern hinüberzuleiten. Ferner wird zu erwägen sein, wie dem Mißstande abzuhelfen ist, daß eine Provinz des Staates, Hannover, durch ein Gesetz sich eine jährliche Dotation von 500,000 Rthlr. zu sichern gewußt hat, welche zu „nützlichen Ausgaben“ zur Verwendung gelangen, während die übrigen Provinzen, so lange die Regierung ihre Ersparniß-Politik beibehält, in Bezug auf derartige Verwendungen auf den zweifelhaften Weg der Bitte und Beschwerde verwiesen sind. Es wird also auch die Frage der Provinzial-Autonomie und der Dotation der Provinzen mit eigenen Mitteln dabei zur ernsten Erörterung gelangen müssen. Endlich mag hier zum Schlusse, da wir gerade von Hannover sprechen, die Frage gestattet sein, wie es sich mit der Verwendung der Revenuen aus dem mit Beschlag belegten Vermögen des Königs Georg und des ehemaligen Kurfürsten von Hessen verhält. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar d. J. erklärte Graf Bismarck, „es sei nicht gesagt, daß die Regierung eine halbe Million geheimer Fonds brauchen könne. Es würden sich andere Verwendungen mit der Zustimmung oder nachträglichen Genehmigung des Landtages finden.“ Es wird also an die Regierung wegen der Verwendung dieser Mittel eine Anfrage zu richten sein. Wie es heißt, soll dem Minister des Innern, Graf Eulenburg, ein Theil dieser Mittel zur Verfügung gestellt worden sein; wenigstens hört man, daß dem Polizei-Präsidenten von Berlin, Herrn v. Wurmb, 3000 Rthlr. aus dieser Quelle überwiesen worden sind. Es wäre interessant, hierüber etwas Authentisches zu vernehmen.

— In Bezug auf die ablehnende Haltung des Grafen **Beust** gegenüber der Depesche des Fürsten Hohenlohe in Betreff des bevorstehenden Concils wird der „Augsb. Abendztg.“ aus München geschrieben, es müsse dem österreichischen Gesandten in Rom so gut wie dort Jedermann bekannt sein, daß die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erhoben werden soll, und daß die Absicht besteht, die Sätze des Syllabus in conciliarische Beschlüsse zu verwandeln. Graf Beust mußte es so gut wissen, wie man es in München weiß, daß die Tendenz einer in der Kirche herrschenden Partei dahin geht, das Verhältniß zwischen Kirche und Staat in einer Weise schroff zu gestalten, daß dem Staate nur die Unterwerfung oder die vollständige Trennung übrig bleibt. Wenn Graf Beust meint, es werde nachher noch Zeit sein, solche Angriffe abzuwehren, so vergißt er, daß das Concil sich nicht blos dazu anschicken will, sondern zum Handeln bereit sein wird, ohne daß den Regierungen etwas übrig bleiben wird, als zu protestiren. Die österreichischen Bischöfe werden sich gewiß nicht gegen die Unfehlbarkeit des Papstes aussprechen, denn in diesem Dogma liegt die Zukunft des Ultramontanismus und der Keim der absolutistischen Organisation der Hierarchie, die Krönung des Werkes, dem die ultramontane Partei seit Jahren zustrebt. Am Schluß, sagt die „Augsb. Ztg.“, sie wolle nicht untersuchen, ob, wie ein Schweizerblatt behauptet, es dem Grafen Beust darum zu thun ist, die Schwierigkeit der innern Lage Bayerns zu erhöhen, indem es den Bemühungen des Fürsten Hohenlohe an den deutschen Höfen entgegenwirkt, und ob trotz aller wohlklingenden Phrasen die alte traditionelle Politik auch heute noch in der Wiener Staatskanzlei ihr Interesse darin findet mit dem Jesuitenorden Hand in Hand zu gehen, um denselben bei gelegener Zeit in der auswärtigen Politik, sei es gegen Rußland in Polen, sei es gegen Preußen in Westfalen und am Rhein, sei es wo immer zu verwerthen oder zu verwenden — uns genügt es, vorläufig angedeutet zu haben, daß die Depesche des Grafen Beust sich lediglich in Scheingründen bewegt und die eigentlichen Motive, welche die österreichische Regierung abhalten, sich zu einer bestimmten Haltung gegenüber dem Concil zu entschließen, mit Stillschweigen übergeht. Wir geben damit aufmerksamen Politikern Stoff zum Nachdenken.

München, 18. Juli. In Straubing wurde vorgestern, wie bereits kurz berichtet, ein Preßprozeß verhandelt, bei welchem die vielbesprochene Aeußerung des Bischofs von Regensburg durch Zeugenaussage constatirt wurde. Der angeklagte „Straubinger Anzeiger“ sollte den Staatsanwalt Kleiner beleidigt haben, von welchem ein Gerücht damals behauptete, daß er eine Untersuchung gegen den Bischof eingeleitet habe. Der Staatsanwalt erließ eine Berichtigung dieser Nachricht und wurde dafür von dem „Straubinger Anzeiger“ angegriffen. Der Prozeß endet übrigens mit Freisprechung. Bei der Verhandlung wurde jedoch von sechs Zeugen bestätigt, daß die Rede des Bischofs Senestrey in Schwandorf, wenigstens dem Sinne nach so gelautet hat, wie sie zur Veröffentlichung gelangte. Insbesondere wurde der Schlußsatz bestätigt: „Unser König selbst ist von Gottes Gnaden, und wenn die Könige das nicht mehr sein wollten, so wäre ich der erste, der die Throne (oder den Thron) umstürzt.“ — Die internationale Kunstausstellung wird am 20. eröffnet. — Vor einiger Zeit wurde in Würzburg der Student Schenk v. Geyem, der vor einiger Zeit seiner Militärpflicht genügt, und sich also im Reserveverhältniß befindet, in 8tägigen Militärarrest gesteckt, weil er einen Offizier auf der Straße nicht gegrüßt. Jetzt hat der Vater des widerrechtlich Eingesperrten eine Entschädigungsklage gegen den Obersten Moillinger, welcher die Einsperrung angeordnet, eingereicht. Er beansprucht eine Entschädigung von 5000 fl. zum Besten einer Wohlthätigkeitsanstalt.

Dänemark. Copenhagen. [Verhaftungen.] Wegen einer bei dem ersten Ingenieur-Bataillon schwebenden Kriegsgerichtssache sind augenblicklich so viele Verhaftungen vorgenommen, daß die sämmtlichen Arrestlokale des Militäretats nicht Raum genug bieten und viele der Arrestanten in den Civilgefängnissen haben untergebracht werden müssen. Das bezügliche Vergehen bestand in der Mißhandlung eines Offiziers von Seiten der Gemeinen. (K. Z.)

England. * London, 17. Juli. [Die „Reviver.“ Aus Irland. Arbeiterpartei. Kabelverbindung mit Malta. Der Tunnel nach Frankreich.] Seit einiger Zeit ist hier ein neuer Verein der „Wiedererwecker“ entstanden, der nämlich den Schutzzoll wieder beleben will. Die Reviver wollen eine „Abänderung des Zolltarifes, sowohl was fremde Schiffe, als was fremde Fabriks-Erzeugnisse betrifft, unter sorgsamer Vermeidung jedes Eingriffes bezüglich der Nahrungs- oder der Rohstoffe“. Sie werden, wenn sie 100,000 Mann stark sind, einen Massenmeeting abhalten und dann ihre Wünsche in einer Petition an die Königin aussprechen. — Aus Irland erfährt man nachträglich, daß es am 12. d. doch keineswegs überall ruhig hergegangen. In Lurgan wurde eine Anzahl Orangisten, welche von einem Manöver in Scorva zurückkehrten, mit Steinwürfen angegriffen. Hierdurch aufgeregt, zerstörten sie 17 Häuser in unmittelbarer Nachbarschaft des katholischen Nonnenklosters, rissen die Treppen ein, schleppten Möbel und Webstühle auf die Straße, thürmten sie aufeinander und machten Freudenfeuer daraus. Die Aufregung, welche hieraus entstand, war unbeschreiblich. Man schickte nach einer Abtheilung Militär, doch war die Ordnung wieder hergestellt, ehe die Truppen eintrafen. Auch an mehreren anderen Orten fanden größere oder kleinere Excesse statt. — In Chelsea fand eine starkbesuchte Arbeiterversammlung statt, auf welcher beschlossen wurde, den Grund zu einer nationalen Arbeiterpartei zu bilden, deren Hauptzweck darin bestehe, möglichst viele Mitglieder der Arbeiterklassen ins Parlament zu schicken. Zur Anstrebung dieses Zweckes wurde ein Ausschuß ernannt, welcher ein Rundschreiben an alle Arbeiter des vereinigten Königreichs vorbereiten soll. — Kaum bringt der Telegraph die Nachricht, daß die Legung des französisch-amerikanischen Kabels glücklich vollzogen ist, so berichtet der „Daily Telegraph“ schon von einer neuen Telegraphen-Gesellschaft, welche die Legung eines submarinen Kabels von Falmouth über Gibraltar nach Malta bezweckt, um somit in Verbindung mit dem Telegraphen-Kabel der Anglo-Mediterranean-Company, den europäischen Theil der projectirten directen submarinen Linie zwischen England und Bombay zu vervollständigen, so daß alsdann indische Depeschen auf einer von den continentalen Drähten ganz unabhängigen Route befördert werden können. Der Prospectus der erwähnten Gesellschaft wird in Kurzem zur Ausgabe gelangen. — Der Plan, einen Tunnel zwischen England und Frankreich unterhalb des Kanals auszubohren, darf als vorläufig aufgegeben betrachtet werden, obwohl Hr. John Bright ebenso wie die französische Regieeung sich günstig darüber geäußert hatten. Die Hälfte der französischen Mitglieder des zur Prüfung des Unternehmens eingesetzten Ausschusses haben nämlich Zweifel an der Rentabilität der im Tunnel anzulegenden Eisenbahn geäußert, und deshalb Bedenken getragen, die Uebernahme einer Zinsgarantie von 2½ % (England wollte gleichfalls 2½ % garantiren) für das Anlagekapital von 10 Millionen Pfund Sterling zu empfehlen.

Amerika. New-York, 3. Juli. Die New-Yorker Humboldt-Feier verspricht sehr großartig zu werden; Emil Rittershaus wird das Festgedicht verfassen und General Fremont, der langjährige Freund des großen Naturforschers, Professor Agassiz und Friedr. Kapp werden als die Festredner bezeichnet.

Danzig, den 21. Juli.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 20. Juli.] Vorsitzender Hr. Commerzienrath Bischoff, der Magistrat ist durch die HH. Stadträthe Strauß und Rickert vertreten. — Vor der Tagesordnung wird ein Schreiben des Magistrats verlesen, worin dieser Mittheilung davon macht, daß der Einsammler Tuchel seit einigen Tagen von Hause sich entfernt hat und bis jetzt noch nicht hat ermittelt werden können. Die von ihm noch nicht mit der Kasse verrechneten Quittungen betragen 1385 Rthlr. Die Untersuchung ist im Gange, wer etwa von den Kassenbeamten seiner Pflicht in Betreff der vorgeschriebenen Controle nicht nachgekommen ist und wird möglichst bald darüber wie über die weiter gegen den T. ergriffenen Maßregeln Mittheilung gemacht werden. — Folgendes, von der Kgl. Commandantur an Hrn. Oberbürgermeister v. Winter gerichtetes Schreiben wird verlesen: „Ew. ꝛc. beehre ich mich in Verfolg des hohen geneigten Schreibens vom 13. d. M. ganz ergebenst zu erwidern, daß das qu. Probeschießen auf dem Schießplatz bei Heiligenbrunn bereits gestern vor Empfang Wohldero Schreibens im Beisein des Landraths v. Gramatzki zur Ausführung gebracht worden war, daß die Resultate desselben keineswegs als günstig zu betrachten sind, da die Kugeln allen Grundsätzen der Ballistik entgegen zuweilen in hohen Bogen über den Berg gingen und daß in Folge dessen Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die Richtung der Schießbahnen so zu legen, daß in derselben kein bewohnter Ort erreicht werden kann. Ew. ꝛc. darf ich wohl nicht erst versichern, daß ich es mir zur besonderen Pflicht machen werde, hierbei ebenso die Interessen des Danziger Publikums ins Auge zu fassen und darauf Bedacht zu nehmen, daß die Richtung der Schießbahnen unter keinen Umständen gegen das Jäschkenthaler Wäldchen gelegt wird, wie dies auch schon dadurch bedingt ist, daß dieses mit Königsthal fast in derselben Linie liegt. Kgl. Gouvernement, v. Borcke.“ — Zur Beschaffung von Bezügen für die wollenen Lagerdecken der Feuerwehrmannschaften werden 210 Rthlr. bewilligt; eben so 24 Rthlr. zur Beschaffung fehlender Subsellien in der vorstädtischen Mittelschule. — Für Bedürfnisse der evangelischen Schule in Langfuhr werden 40 Rthlr. nachbewilligt. — Es sollen in der evangelischen Knabenschule der Altstadt und in der katholischen Schule der Altstadt 3 Hilfsklassen eingerichtet und dafür die nöthigen Lehrkräfte angestellt werden. Magistrat nimmt zu diesem Zwecke 1 Stelle in Stufe D. à 325 Rthlr., 3 Stellen in Stufe E. à 350 Rthlr. in Anspruch; für das 4. Quartal des laufenden Jahres jedoch nur resp. 81 Rthlr. 7 Sgr. 6 ₰ und 262 Rthlr. 15 Sgr. Die Versammlung genehmigt die Einrichtung dieser Hilfsklassen, bewilligt die verlangten 343 Rthlr. 22 Sgr. 6 ₰, und sollen die vollen Beträge der Stellen in den Schuletat von 1870 übernommen werden. Bei dieser Gelegenheit macht Hr. Gronau die Bemerkung, daß die in der Vorlage angeführten Zahlen der schulpflichtigen Kinder, welche nicht Platz fänden, nur ungefähre seien, da viele Kinder die Schule sehr häufig nicht besuchten, überdies die höheren Klassen nur von sehr Wenigen benutzt würden, da die Meisten schon früher abgingen. Hr. Dr. Piwko erwidert hierauf, daß genaue Listen geführt werden, die bei der Vorlage berücksichtigt wurden. Seit die Schullokale verbessert worden, sei auch der Besuch zahlreicher und regelmäßiger. In den oberen Klassen wären nachweisbar immer mindestens 24—25 Schüler, die Zahl könne jetzt noch keine größere sein, weil die Reorganisation der Schule und die Einrichtung von oberen Klassen erst vor wenigen Jahren in Ausführung gebracht worden sei. Später würden sich schon mehr für derartige Klassen taugliche Schüler finden. — Die Vermiethung zweier Lagerplätze

---

J. C. Schultz: „Tutti frutti.“

RB. Unser verehrter Mitbürger, Prof. J. C. Schultz, Director der hiesigen Kunstschule, welcher trotz seines Alters einen stets regen Geist und eine unermüdliche künstlerische Schöpferkraft sich zu bewahren gewußt hat, hat nach Vollendung seines aus 54 Blättern bestehenden großen Werkes: „Danzig und seine Bauwerke“ so eben das erste Heft einer neuen, unserm Mitbürger John Stoddart dedicirten, Folge malerischer Radirungen unter dem Titel „Tutti frutti“ (d. h. allerlei Früchte) erscheinen lassen. Es ist dies eine Sammlung werthvoller Kunstblätter, verschieden nach Format, Behandlung und Inhalt, welche zu verschiedenen Zeiten entstanden sind. Die Zeichnungen dazu hat der Künstler theils in den zwanziger Jahren auf seinen Studienreisen durch Deutschland und Italien, theils erst in den letzten Jahren in Danzig und Umgegend gefertigt. Auch die Radirungen auf Kupfer sind in sehr verschiedenen Zeiten, neben der Ausarbeitung des oben genannten eigentlichen Lebenswerkes des Künstlers entstanden. — Das erste Blatt enthält eine Studie aus Danzig selbst und giebt einen Blick von dem Dache eines der Häuser in der Wollwebergasse auf das Langgasser Thor, die Kunstschule, den Stockthurm, den Bischofsberg ꝛc., eine Ansicht, welche an malerischem Reiz ohne Gleichen sein dürfte und für das alterthümliche Danzig in hohem Grade characteristisch ist. Die andern Blätter enthalten Ansichten antiker Tempel-Ruinen in Sicilien, drei für unsere Provinz besonders characteristische Ansichten von Hela und seiner kleinen mittelalterlichen Kirche, das Innere eines getäfelten Zimmers in Danzig, und, das schönste von allen Blättern, eine Ansicht des Münsters in Ulm im Zustande vor seiner Restauration. — Möchte es dem trefflichen Künstler vergönnt sein, uns recht bald mit der Fortsetzung des schönen Werkes zu beschenken!

Vermischtes.

— [Livingstone.] Der politische Agent und Consul in Zanzibar, Mr. H. Churchill, ist aus Gesundheitsrücksichten nach England zurückgekehrt und hier so eben eingetroffen. Ueber das Schicksal Livingstone's, von welchem er, wie bekannt, Briefe spätern Datums als das seiner angeblichen Ermordung erhalten hatte, spricht derselbe mit größter Zuversicht und ist der Ansicht, daß der große Reisende — nachdem er von der Baker'schen Entdeckung des nördlichen Theiles des Albert Nyanza-Sees gehört — sich die Aufgabe gestellt habe, die südlichen Ufer des genannten Sees aufzusuchen. In diesem Falle dürften nach Verlauf von mehren Monaten Nachrichten von Livingstone zu erwarten sein.

— Die deutschen Philologen und Schulmänner werden ihre 27. Versammlung in den Tagen vom 27. bis 30. September in Kiel abhalten. Das Präsidium bilden die Professoren Dr. Forchhammer und Dr. Ribbeck.

— [Langes und kurzes Haar] In einer Abhandlung über dieses Thema in Dicken's Wochenschrift: „All the Year Round“ wird hervorgehoben, daß die alten Britannier und Gallier ihr Haar ungestört wachsen ließen, so daß es öfter die Hüfte erreichte. Den Römern, welche später die Länder der beiden Völkerstämme eroberten, war dieser lange Haarwuchs ein Gräuel, und sie unterzogen die Gallier und Briten einer schimpflichen Schur. Zum Beginne des 5. Jahrhunderts gründete Pharamond sein Königreich in der Provinz, welche seither den Namen Frankreich trägt. Die Gallier wurden bis zur Knechtschaft herabgewürdigt und die Eroberer legten die Scheere an die Häupter ihrer Opfer. Seitdem wurde es in ganz Europa zur Regel, daß langes Haar die ausschließliche Apanage der Großen und Edlen des Landes sei. Nicht nur Leibeigenen und Vasallen, sondern freien Bürgern und Bauern wurde nicht gestattet, ihr Haar lang zu tragen. Den Leibeigenen eines adeligen Gutsbesitzers schor man sogar während des 5., 6. und 7. Jahrhunderts gänzlich den Kopf kahl, und von dieser Zeit datirt sich die Sitte des Hutabnehmens beim Grüßen. Das Entblößen des Hauptes hieß so viel als: „Sehen Sie, mein Herr, ich bin ihr Diener, ich habe kein Haar“.

— [Ein Neger-Prediger] sagte zu seiner Gemeinde: „Meine Brüder! Als der erste Mensch, Adam, gemacht wurde, da wurde er von weichem Thone gemacht und zum Trocknen an den Zaun gestellt.“ — Einer seiner schwarzen Brüder unterbrach ihn mit der Frage: „Meinen Sie, daß Adam von weichem Thone gemacht und an den Zaun gestellt wurde, um zu trocknen? — „Ja, mein Herr!“ — „Wer hatte den Zaun gemacht?“ — „Setzen Sie sich, Herr,“ sagte der Prediger, „solche Fragen würden jedes theologische System umstoßen.“

---

am Bleihofe und zwar No. 7 an den Kaufmann Benno Loche gegen 140 Rℓ und No. 8 an den Kaufmann R. Kloß gegen 120 Rℓ jährlichen Zins wird genehmigt. (Der frühere Miethszins betrug für den Platz No. 7 145 Rℓ, für No. 8 150 Rℓ) — Gegen die Vermiethung einer Wohnung in dem der Commune gehörigen Hause Sandgrube 41 an den Schutzmann Klein gegen 34 Rℓ jährlichen Zins wird nichts eingewendet. — Der Erlaß resp. Rückerstattung von 22 Rℓ Pachtzins an den Pächter Lankowski in Neufahrwasser, in Folge der Abnahme von ca. 23 Morgen von seinem Pachtlande, wird genehmigt. — Der Auflösung des Pachtcontractes mit dem Eigenthümer Mierau in Betreff eines in Weichselmünde belegenen Stückes Kämmereiland, so wie der Absetzung einer halbjährigen Rate von 33 Rℓ 25 Sgr und einer ganzjährigen Rate von 67 Rℓ 20 Sgr wird die nachgesuchte Zustimmung ertheilt. — Der von dem Schlosser Müller noch restirende aber uneinziehbare Kaufschoß von 30 Rℓ wird niedergeschlagen. — Die Versammlung genehmigt, daß der auf dem Grundstücke Schneidemühle Hypotheken-No. 3 haftende Kanon von 50 Rℓ jährlich und der auf dem Grundstücke Schneidemühle Hypotheken-No. 8 ruhende Grundzins von 29 Sgr jährlich, in Folge des Ueberganges dieser Grundstücke in den Besitz der Stadtgemeinde, für das Jahr 1869 mit resp. 25 Rℓ und 29 Sgr. und vom Jahre 1870 ab ganz vom Einnahme-Etat abgesetzt wird. — Für Beseitigung des Beischlags vor dem Hause Poggenpfuhl No. 50 werden dem Eigenthümer Pohse 19 Rℓ 13 Sgr (Trottoirkosten) gewährt; ebenso der Eigenthümerin Hauptm. Grunwald (Poggenpfuhl No. 51) 14 Rℓ 18 Sgr; ferner dem Victualienhändler Hauschulz für Beseitigung des Beischlags vor dem Hause Pfefferstadt No. 44 baar 20 Rℓ, für Trottoir 18 Rℓ 16 Sgr; der Wittwe Wiszniewski (3. Damm No. 3) 74 Rℓ 22 Sgr.; dem Gelbgießermeister Nickel (Heiligegeistgasse No. 122) 37 Rℓ 11 Sgr; dem Eigenthümer Howald (Scheibenrittergasse No. 8) 30 Rℓ; dem Glasermeister Meller (Häkergasse No. 15) 57 Rℓ 20 Sgr; dem Gelbgießermeister Gotzmann (Breitgasse No. 78) 15 Rℓ 27 Sgr — Hr. Justizrath Breitenbach stellt die Frage an den Hrn. Magistrats-Commissariums, ob schon Schritte eingeleitet seien, um die den Verkehr hemmende vorspringende Treppe am Polizeigeschäftshause in der Hundegasse, welches die Commune zu unterhalten habe, abzubrechen; der Eigenthümer des angrenzenden Hauses, Hr. Justizrath Walter, sei bereit, nach Abbruch der genannten Treppe sofort auch an seinem Grundstücke die Treppe nach innen verlegen zu lassen. Hr. Stadtrath Strauß verspricht, die Frage dem betr. Hrn. Decernenten zur demnächstigen Beantwortung zu übermitteln. Hr. Damme giebt gelegentlich die Auskunft, daß die in diesem Jahre bereits gewährten Beihilfen für Beseitigung von Vorbauten ꝛc. incl. der heute bewilligten ca. 2000 Rℓ betragen.

Der Leihamtsvorsteher Hr. Arndt, welcher seit dem Jahre 1851 eine Caution von 3225 Rℓ in geldwerthen Papieren bestellt hat, hat angetragen, ihm von derselben 1225 Rℓ zurückzugeben und seine Caution künftig auf 2000 Rℓ in Staatsschuldscheinen festzustellen. Motivirt ist der Antrag dadurch, daß die Stellung des p. Arndt, die ihn früher verpflichtete, auch für alle Handlungen und Versehen der übrigen Beamten mit seinem Vermögen einzustehen, nach der gegenwärtigen Verfassung eine wesentlich andere und leichtere geworden ist und daß in der Regel für jeden Beamten, der eine Caution stellen muß, dieselbe nur in Höhe des doppelten Betrages seines Gehalts bemessen wird. Das Leihamts-Curatorium wie der Magistrat befürworteten den Antrag. — Hr. J. C. Krüger vermißt den Nachweis, daß denjenigen Beamten, denen die dem Hrn Arndt abgenommene Verantwortung übertragen worden ist, die Cautionen dem entsprechend erhöht worden sind. Er wünscht die von Hrn. A. gestellte Caution in ihrer jetzigen Höhe zu belassen. — Hr. Breitenbach tritt Hrn. Krüger bei, es liege auch kein Bedürfniß zur Ermäßigung vor, das Geld trage für den Cautionsbesteller bei der Kämmereikasse eben so gute Zinsen wie anderswo. — Hr. Biber weist nach, daß Hr. Arndt die zurückerbetene Summe zu Bauten verwenden wolle; es sei übrigens nicht mehr als billig, dessen Caution seinem Antrage gemäß zu ermäßigen, da die heute geltende Geschäftsordnung das frühere Verhältniß völlig verändert habe. Hr. Damme stellt an Hrn. Stadtrath Strauß die Frage, „ob der jetzige Leihamts-Kassirer Gesecus die Caution schon bestellt habe“. Hr. Strauß erwiderte, daß dem ꝛc. Gesecus mitgetheilt worden sei, daß seine definitive Anstellung erfolgen werde, wenn die von ihm zu stellende Caution von 500 Rℓ erlegt sei. Die ihm hierzu bewilligte Frist sei dieser Tage abgelaufen, und G. nunmehr aufgefordert worden, die Summe alsbald zu deponiren. Der in Folge dieser Aeußerung von Hrn. Breitenbach gestellte Antrag, „die Magistratsvorlage vorläufig abzulehnen und erst dann darüber Beschluß zu fassen, wenn Hr. Gesecus die Caution deponirt habe“, wird von der Versammlung abgelehnt und der Vorlage des Magistrats die verlangte Zustimmung ertheilt.

Hopfen.

Nürnberg, 17. Juli. (B.- u. H.-Z.) Vom gestrigen Geschäfte sind etliche Käufe in guter Mittel- und Primawaare zu 33, 38—41 fl., 10—12 Ballen geringe zu 25—28 fl. und in 1867er zu 15—16 fl. zu melden; 24 Ballen do. beste Qualität erlösten 17—20 fl. Die heutigen Umsätze beschränken sich auf ca. 260 Ballen. Es wurde für Rechnung auswärtiger Häuser von 30—38 fl., kleine Pöstchen Hallertauer prima Qualität zu 40—42 fl. bezahlt. 200 Ctr. Transitwaare aus 1867 und 1868 wurde erstere 18—20 fl., letztere zu 27—28 fl. übernommen.

Schiffs-Nachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Grimsby, 16. Juli: Sirene, Carlsson; — Norma, Blank; — von Hartlepool, 15. Juli: Helene, Nilsen.

Angekommen von Danzig: In Christiania, 7. Juli: Lydia, Rasmussen; — 8. Juli: Neptunus, Pedersen; in Carlshamn, 12. Juli: Maria Johanna, Möller; — 13. Juli: Albertina, Schramm; — in Helsingborg, 5. Juli: Carl Oscar, Berggren; — in Brouwershafen, 16. Juli: Cöndor, Käding; — in Vliessingen, 17. Juli: Peter Kräft, Kräft; — in Aberdeen, 15. Juli: Jane Cameron, Robertson; — in Exmouth, 13. Juli: Old Ambt, Scholtema; — in London, 17. Juli: Ferd. Pickert, Domansky; — Immanuel, Mogensen; — in Bordeaux, 15. Juli: Hyppolite, Robet; — in Honfleur, 12. Juli: Anna Sophie, Schütte; — in Pouillac, 15. Juli: Hevelius, Holtz.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Meyen in Danzig.

Meteorologische Depesche vom 20. Juli.

Morg.		Bar. in Par. Linien.	Temp. R.			
6	Memel	335,1	12,0	N	schwach	bedeckt, gestern Abend und Nacht Regen.
7	Königsberg	335,4	12,4	NW	schwach	heiter.
8	Danzig	335,5	16,4	NW	leicht	bezogen.
7	Cöslin	336,2	13,6	N	schwach	trübe
6	Stettin	335,6	8,5	NW	schwach	völlig heiter.
6	Putbus	334,6	12,4	NW	schwach	bezogen.
6	Berlin	336,0	11,8	NW	mäßig	heiter.
6	Köln	336,6	13,7	SO	schwach	zieml. heiter.
7	Flensburg	337,6		NW	lebhaft	bedeckt.
7	Haparanda	335,1	13,1	O	schwach	bedeckt.
7	Stockholm	335,0	12,0	WNW	schwach	fast bedeckt, Nachts Regen.
7	Helder	339,3	11,8	NNW	schwach.	

— Das Preislustspiel „Schach dem Könige“ kommt nächsten Donnerstag hier zum ersten Mal zur Aufführung. Die Handlung fällt in die Zeit Jacobs I. von England, dem gelehrten Pedanten, der u. A. auch ein grimmiger Feind des Tabaks ist und die schärfsten Strafmandate gegen das Rauchen erläßt. Der Dichter hat diesen Umstand zum Mittelpunkt eines heiteren Intriguenspiels gemacht, dessen komische Lösung wir nicht verrathen dürfen. — Da außerdem die Darstellung zum Benefiz für Frl. Rath stattfindet, die in kurzer Zeit mit Recht der Liebling des Publikums geworden ist, so darf wohl auf eine recht rege Theilnahme desselben gerechnet werden.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig